

ÖSTERREICHISCHER NATURSCHUTZBUND

ÖNB-KURIER

LANDESGRUPPE SALZBURG

A - 5020 SALZBURG, ARENBERGSTR. 10 (74 3 71)

FOLGE 1/82

Postgebühr bar bezahlt



Wollt Ihr das Euren Kindern nehmen?



Absender:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Landesgruppe Salzburg des Österreichischen Naturschutzbundes, Arenbergstraße 10, 5020 Salzburg.
Für den Inhalt verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Dir. Hannes Maringer, Wolf-Dietrich-Weg 325, 5163 Mattsee.
aumayer-druck-mattighofen.

Vorwort

Der „ÖNB-Kurier“ bringt etwa viermal im Jahr Berichte über anstehende Fragen des Natur- und Umweltschutzes im Lande Salzburg.

Auf Grund besonderer Aktualität ist das vorliegende Heft dem Thema Nationalpark Hohe Tauern und dem geplanten Großkraftwerk Oberpinzgau gewidmet. Dieser Fragenkomplex erfordert eine umfangreiche Darstellung, sodaß diesmal für andere Probleme kein Raum blieb.

Die nicht mit dem Namen der Verfasser versehenen Artikel stellen die offizielle Auffassung der Landesgruppe Salzburg des Österreichischen Naturschutzbundes dar.

DIR. HANNES MARINGER
Geschäftsführer

PROF. DR. EBERHARD STÜBER
Präsident

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2	Das Großkraftwerk schafft Arbeitsplätze für den Pinzgau	11
Der Nationalpark Hohe Tauern — ein Prüfstein für ökologischen Weitblick der Politiker	3	Millionen für den Oberpinzgau	11
Nationalpark Hohe Tauern — Bemühungen bereits über Generationen	4	Was bringt der Fremdenverkehr dem Pinzgau?	12
Die Grundforderungen des Naturschutzbundes zum Nationalpark Hohe Tauern an die Salzburger Landesregierung	5	Wie reagieren die Politiker und Parteien?	13
Den Forderungen des Naturschutzbundes schließen sich an	5	Interview mit Herrn LH Dr. Wilfried Haslauer	13
Der erste Schritt — Anteil Kärnten zum Nationalpark erklärt	6	Interview mit LR Dr. Sepp Baumgartner	14
Wie steht es mit dem Tiroler Anteil?	6	Der Österreichische Naturschutzbund dankte	15
Naturschutz in Tirol — kritisch betrachtet	6	SPÖ Salzburg in Fragen der Gletscherbäche noch immer enttäuschend	15
Der Salzburger Anteil	7	Interview mit LR Sepp Oberkirchner	16
Angriff auf die letzten noch weitgehend unberührten Gletscherbäche im Salzburger Anteil durch Großkraftwerk aus heiterem Himmel	8	Bericht von Hans Kutil — ORF-Berichterstattung	17
Dies bedeutet SOS für die letzten fünf Gletscherbäche	9	Die Meinung des Landesparteiobmannes der SPÖ LH-Stv. Dr. Herbert Moritz	17
Warum tritt der Naturschutzbund so vehement für die Erhaltung der letzten weitgehend noch unberührten fünf Gletscherbäche ein?	9	Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Kurt Steyrer	18
Zu Argumenten der Kraftwerksbefürworter	10	Was sagen die Bürgermeister der Oberpinzgauer Gemeinden?	18
Der größte Engpaß der Stromversorgung liegt bereits hinter uns	11	Polemik und Drohungen von TKW-Mitarbeitern gegen Naturschützer	18
		Gedanken der jungen Generation zu Nationalpark — Energie — Wohlstand	19
		Resolutionen der Intern. Alpenschutzkommission	20
		Naturschutzbestrebungen im Schußfeld der Politik	20

Bilder der Titelseite:

1. Wanderung im Naturpark Buchberg, Mattsee — Eigentum des Österreichischen Naturschutzbundes, Landesgruppe Salzburg

2. Obersulzbach im unteren Bereich

Der Nationalpark Hohe Tauern — ein Prüfstein für ökologischen Weitblick der Politiker

Natur- und Umweltschutz — Ökologie — sind Worte, deren sich die Politiker immer häufiger bedienen, ohne oft über den tieferen Sinn nachzudenken — vielleicht um der jungen Generation gegenüber modern zu wirken oder die immer mächtiger werdenden Naturschützer zu beruhigen und den Grünen Listen entgegenzuwirken. Auch in den Parteiprogrammen vor den Wahlen wird diesem Thema ein immer breiterer Raum gewidmet. Doch meist sind diese Grundsätze sehr allgemein formuliert, die einen breiten Spielraum für ihre Auslegung erlauben. Selten werden echte Großtaten zur Erhaltung der landschaftlichen Werte gesetzt, wenn man mit der Landschaft auch auf andere Weise augenblicklichen Gewinn erzielen kann und einige Wähler dazugewinnt, da viele vom Wohlstand gesättigte Bürger wenig an die Zukunft denken. Man schließt auch gerne einen sogenannten Kompromiß zwischen Ökonomie und Ökologie, wie die Politiker gerne sagen. Nur bleibt es meist nicht bei einem Kompromiß, **denn schon nach ein, zwei Jahren erfordert die „Zeit“ ein neues Überdenken, und es kommt zum Kompromiß vom Kompromiß**, das kann sich noch mehrmals fortsetzen — am Ende bleibt jedoch für die Ökologie nichts mehr übrig! Sind die Naturschützer und gelegentliche Bürgerinitiativen naturliebender Menschen allzu lästig, so werden auch riesige ökologische Gutachten, wie bei Osttirol in Millionenhöhe, in Auftrag gegeben. Neigen die Gutachten dann mehr zur Ökologie, werden die Elaborate oft schubladiert oder wesentliche Aussagen übergangen.

Wundern wir uns dann, wenn in den Augen junger Menschen, die den Umweltfragen sehr kritisch gegenüberstehen und noch bereit sind, für echte Werte auf etwas zu verzichten, Politiker an Glaubwürdigkeit verlieren? Eine Reihe von großen österreichischen Denkern wie Konrad Lorenz, Viktor E. Frankl, Erwin Ringel und andere treten immer häufiger als Mahner auf. Ihre Werke sind Bestseller geworden. Von Politikern werden sie zwar gelegentlich eingeladen, um irgendeine Veranstaltung durch ihre Anwesenheit aufzuwerten, ohne daß man sich jedoch mit ihrem grundsätzlichen Gedankengut auseinandersetzt. „Der Wettlauf des Menschen mit sich selbst,“ — wie es Konrad Lorenz nennt — „mehr haben wollen, mehr sein wollen, mehr verbrauchen müssen, zerstört so ziemlich alle Werte der Menschheit, deren Tun ausschließlich von wertblindem

kommerziellen Erwägungen bestimmt ist, mit Teufels Faust.“

Aber vielleicht stimmen manche Gedanken dieser großen Österreicher doch auch gelegentlich Politiker nachdenklich und geben ihnen Mut zu Taten für die Landschaft. Auch wenn sie im Augenblick noch mit Risiken für sie verbunden sind. So ein Beispiel setzte der Salzburger Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer, als die Tauernkraftwerke 1981 die energiewirtschaftliche Nutzung der letzten fünf noch weitgehend unberührten Gletscherbäche auf der Nordseite der Hohen Tauern trotz einer klaren 1970 gefaßten gegenteiligen Willensäußerung der Salzburger Landesregierung forderten. Er reagierte mit einem klaren Nein und blieb dabei trotz Bedenken und Widerständen in den eigenen Reihen. Die FPÖ-Fraktion des Salzburger Landtages setzte gleichfalls ein klares Nein entgegen. Nur die Sozialisten glauben noch immer an einen möglichen sogenannten „Kompromiß“. Bleibt es bei diesem Nein und können wir die Großartigkeit dieser Gletscherbäche unseren Kindern und Europa erhalten, so gehört dies zu den ganz großen Taten von Politikern in der über sechzigjährigen Geschichte des österreichischen Naturschutzes. Es ist daher geradezu eine Pflicht aller naturliebenden Menschen unseres Landes, solchen Politikern für diese mutige zukunftsweisende Tat Dank und Anerkennung zu zollen und jene, die noch an der Entscheidung ringen, zum Umdenken aufzufordern. Die landschaftlichen Werte unseres Landes sind zu kostbar — einmal zerstört sind sie unwiederbringlich — als daß sie zu augenblicklichen parteipolitischen Interessen mißbraucht werden dürfen.

Die Tat Haslauer möge aber auch den politisch Verantwortlichen in Tirol ein Beispiel geben, die im Augenblick nicht bereit sind, in Osttirol von zwanzig Bächen auf nur zwei zu verzichten.

Ich möchte daher alle naturliebenden Menschen, jung und alt, in unserem Lande aufrufen, unseren Politikern gegen die übermächtigen Energiegesellschaften den Rücken zu stärken. Tragen wir alle dazu bei, daß der weit in die Zukunft gerichtete Regierungsbeschluß von 1970 weiterhin aufrecht bleibt. Jeder von uns kann dazu beitragen.

Prof. Dr. E. Stüber
Präsident des Österreichischen
Naturschutzbundes

Nationalpark Hohe Tauern

Bemühungen bereits über Generationen

Dem Traum von einem Nationalpark in den Hohen Tauern hängen nun schon Generationen nach. 1909 formulierte man erstmals die Zielvorstellungen im „Kosmos“.

Von der Idee beseelt gelang dem Österreichischen Alpenverein und dem 1909 in München gegründeten Verein Naturschutzpark der Ankauf großer Flächen, eine weise Tat, die schon viel verhindern konnte, aber zu einem echten Kristallisationspunkt für den Nationalpark sind diese Bereiche bisher nicht geworden. Der Österreichische Alpenverein hat 1918 4.082 ha im Glocknergebiet, später noch 24.700 ha in Kärnten und im Venedigerbereich Osttirols erworben, der Verein Naturschutzpark verlor seine Besitzungen im Stubachtal und konnte dafür Flächen in den beiden Sulzbachtälern erwerben. 1926 kauften die „Naturfreunde“ auf der Salzburger Seite des Sonnblicks im innersten Raurisertal 1000 ha.

Die Sicherung der Existenz nach dem Zweiten Weltkrieg drängte die Notwendigkeit eines Nationalparkes Hohe Tauern zunächst in den Hintergrund. 1951 gab eine Denkschrift des Österreichischen Naturschutzbundes neuen Anstoß, und das Europäische Naturschutzjahr 1970 war schließlich für die „Vereinbarung von Heiligenblut“ mitentscheidend, die am 21. 10. 1971 von den Landeshauptleuten von Kärnten, Salzburg und Tirol unterzeichnet wurde.

Falsche Informationen und Übertreibungen, Vorurteile und Vermutungen, Unterstellungen und Unverständnis stehen bisher der Verwirklichung des Vertrages entgegen.

Ab 1975 bemühte sich LH-Stv. Dr. Katschthaler nach seinem Eintritt in die Landesregierung als ressortzuständiger Verantwortlicher in vielen Gesprächen und Versammlungen in allen 15 präsumtiven Salzburger Nationalpark-Gemeinden um umfangreiche sachliche Information mit dem Ziel, die Vorurteile der betroffenen Bevölkerung abzubauen.

Der Naturschutzbund trat seit je für eine Unterteilung des Gebietes in Zonen mit abgestuften Schutzzinhalten und für die Erhaltung der Almen ein. Er lehnte das Hinausschieben der äußeren Grenze bis oberhalb des Baumbestandes

ebenso ab wie die Einbeziehung großer Dauersiedlungen. Wer einen Nationalpark mit 60.000 Menschen schaffen will, muß damit rechnen, daß nie ein Nationalpark zustandekommt.

Die Vertreter der Land- und Forstwirtschaft, der Jagd und Fischerei haben ihre Vorstellungen formuliert und sind verhandlungsbereit. Die Nutzungsansprüche für den Fremdenverkehr reichen in Salzburg von der Zustimmung zu naturhaften Formen des Tourismus bis zu großen Erschließungsplänen. Ähnlich ist die Situation auf dem Energiesektor. Der Prozeß der Interessenabwägung und die damit verbundene Festlegung von Vorrangigkeiten ist im Gange.

Positiv bewertet der Naturschutzbund die Errichtung des Nationalparkmodells in den Sulzbachtälern, verbunden mit vielfältigen Förderungsmöglichkeiten. Ein Musterbeispiel ist die Errichtung des Weges ins Krimmler Achenental, der zur Aufrechterhaltung der Almwirtschaft nötig war. Um die Krimmler Wasserfälle ungestört zu erhalten und den Weg schonend durch das Tal zu führen, wurden aus Gründen des Naturschutzes und wegen des geplanten Nationalparkes Mittel des Landes in Höhe von ca. 20. Mill. S aufgewendet. So konnten große Bedenken gegen den Nationalpark abgebaut werden. Der Österreichische Naturschutzbund hat mit Unterstützung des Fremdenverkehrsförderungsfonds, der Österr. Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz, des Landes und der Gemeinde Rauris in Kolm Saigurn einen Naturlehrweg mit einem kleinen ökologischen Museum geschaffen, der in Würdigung der Naturschutzbemühungen vom Herrn Bundespräsidenten eröffnet wurde. Krimmler Achenweg und Museum haben auch im Ausland besondere Beachtung gefunden.

Wenn die Betroffenen, die Gemeinden und die Grundbesitzer, weiterhin in den entsprechenden Gremien mitarbeiten können, ohne die Ökologen und Naturschützer zu verdrängen, und dort zusammen gearbeitet wird, und wenn vor allem den obersten Tauerntälern das Wasser bis ins Salzachtal erhalten bleibt, besteht die Hoffnung auf einen Nationalpark, der von allen angenommen wird „als Teil unserer Heimat, die wir sowohl zu entwickeln, aber vor allem auch zu bewahren haben“.

Die Grundforderungen des Naturschutzbundes zum Nationalpark Hohe Tauern an die Salzburger Landesregierung

Die Forderungen sind maßvoll! Kein Glassturz über die dort lebende Bevölkerung!

1. Schaffung einer Kernzone, die Anteil an allen für den Nationalpark typischen Lebensräumen hat. In die Kernzone sollen vor allem Staatsbesitz und Besitz von Alpin- und Naturschutzverbänden einbezogen werden. Die Kernzone muß den Schutz eines Naturschutzgebietes nach dem Salzburger Naturschutzgesetz erhalten.
2. Schaffung einer Außenzone, die im wesentlichen den Schutz eines Salzburger Landschaftsschutzgebietes erhalten soll. Die Grenze der Außenzone soll natürliche landschaftliche Einheiten berücksichtigen. In dieser Zone sind Fremdenverkehrseinrichtungen und Erschließungen möglich, die sich harmonisch in das Landschaftsbild einfügen.
3. Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei sollen nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen weiter betrieben werden.
4. Im Nationalparkbereich werden Kraftwerke, Großerschließungen für den Gletscherschiffahrt, Hotelsiedlungen, Feriendörfer, Hub-schrauertourismus strikte abgelehnt.
5. Erhaltung der letzten noch weitgehend unberührten Gletscherbäche vom Hollersbach bis zum Krimmler Achenal als wesentliches Element der dortigen Landschaft gemäß dem Grundsatzbeschluss der Landesregierung von 1970.
6. Schaffung eines Nationalparkfonds in Zusammenarbeit mit dem Bund.
7. Förderung der im Nationalpark ansässigen Bergbauern und der Bewirtschafter von im Nationalpark liegenden Almen als Erhalter der alpinen Kulturlandschaft.
8. Wahrung der Servitutsrechte
9. Förderung jener wirtschaftlich schwächeren Gemeinden, denen durch Verzicht auf energiewirtschaftliche Erschließungen zugunsten des Nationalparkes Nachteile erwachsen, durch Verbesserung der Infrastruktur und Förderung des Fremdenverkehrs.
10. Förderungsmaßnahmen sind rechtlich abzusichern, damit Grundbesitzer und Gemeinden nicht zu Bittstellern auf Dauer degradiert werden.

Den Forderungen des Naturschutzbundes schließen sich an:

Arbeitsgemeinschaft der Lehrer für Biologie und Umweltkunde an den Hauptschulen: Bezirk Salzburg Stadt
Arbeitsgemeinschaft für Hauptschulbiologen: Salzburg-Umgebung
Arbeitsgemeinschaft aller Biologie- und Umweltkunde-Lehrer an Pflichtschulen im Pongau
Arbeitsgemeinschaft der Biologie-Lehrer des Lungaues
Arbeitsgemeinschaft der Biologie-Lehrer des Pinzgau
Arbeitsgemeinschaft der Biologie-Lehrer an allgemeinbildenden Höheren Schulen
Arbeitsgemeinschaft für Entomologie am Haus der Natur
Arbeitsgemeinschaft für Mineralogie am Haus der Natur
Arbeitsgemeinschaft für Ornithologie am Haus der Natur
Arbeitsgemeinschaft für Paläontologie am Haus der Natur
Arbeitsgemeinschaft der Geographielehrer an Hauptschulen
Arbeitsgemeinschaft der Geographielehrer an allgemeinbildenden Höheren Schulen
Bürgerinitiative „Schützt Salzburgs Landschaft“
Gesellschaft für Salzburger Landeskunde
Katholische Jugend der Erzdiözese Salzburg
Katholische Jungschar Salzburg
Katholisches Bildungswerk
Landesfischereiverband Salzburg
Landesverein für Höhlenkunde, Salzburg
Landesverein der Bienenzüchter Salzburgs
Österreichische Alpenvereinsjugend, Sektion Salzburg
Österreichischer Alpenverein, Sektionenverband

Österreichische Gesellschaft für Vogelkunde, Sektion Salzburg
Österreichischer Kneippbund, Salzburg
Österreichische Naturschutzjugend
Österr.-Deutsche Kultur-Gesellschaft
Österreichischer Touristenclub, Landesgruppe Salzburg
Österreichischer Wandervogel, Sektion Salzburg
Salzburger Berg- und Naturwacht:
Bezirkseinsatzleitung Flachgau
Salzburger Berg- und Naturwacht:
Bezirkseinsatzleitung Lungau
Salzburger Berg- und Naturwacht:
Bezirkseinsatzleitung Pinzgau
Salzburger Berg- und Naturwacht:
Bezirkseinsatzleitung Pongau
Salzburger Berg- und Naturwacht:
Bezirkseinsatzleitung Salzburg-Stadt
Salzburger Berg- und Naturwacht:
Bezirkseinsatzleitung Tennengau
Salzburger Jägerschaft
Salzburger Pfadfinder
Salzburger Pfadfinderinnen
Verein Naturschutzpark Stuttgart eV
Tierschutzverein für Stadt und Land Salzburg
Weltbund zum Schutze des Lebens – International
Weltbund zum Schutze des Lebens – Sektion Österreich
Wasserschutzwacht – Verband für den Gewässer- und Umweltschutz

Der erste Schritt

Anteil Kärnten zum Nationalpark erklärt

Mit Verordnung der Kärntner Landesregierung vom 16. September 1981 wurde ein Nationalpark Hohe Tauern eingerichtet. Die Grundlage bilden die Naturschutzgebiete Großglockner (1934 erklärt) und Schobergruppe-Nord (1964 erklärt) und ein an die Naturschutzgebiete anschließendes Landschaftsschutzgebiet.

Zielsetzungen laut Verordnung: Durch die Erklärung der Gebiete zum Nationalpark Hohe Tauern soll ein besonders eindrucksvoller Teil des Landes Kärnten in seiner weitgehenden Ursprünglichkeit zum Wohle der Bevölkerung, zum Nutzen der Wissenschaft und zur Förderung der Wirtschaft erhalten werden und damit die Grundlage für den gemeinsam mit den Ländern Salzburg und Tirol geplanten länderübergreifenden Nationalpark Hohe Tauern geschaffen werden.

Der Österr. Naturschutzbund begrüßt diesen ersten Schritt, vertritt aber die Meinung, daß in nächster Zeit in Anlehnung an die Schutzbestimmungen im Salzburger Anteil noch weitere Schutzmaßnahmen folgen müßten.

Hans Bach, Klagenfurt

Wie steht es mit dem Tiroler Anteil?

Großkraftwerk oder Nationalpark - was will Tirol? Wie bereits mehrmals berichtet, soll im Osttiroler Anteil des zukünftigen Nationalparkes ein Großkraftwerk errichtet werden mit einem Großspeicher im Dorfertal und umfangreichen Bachbeileitungen. Nach den Plänen würden sämtliche Hauptbäche im Osttiroler Anteil beigeleitet werden.

Da dieses Projekt vom Bund wie vom Land Tirol gutgeheißen und stark forciert wird, hat der Österreichische Naturschutzbund nur die Forderung erhoben, von ca. 20 Bächen 2 Täler — das Umbaltal mit den berühmten Wasserfällen und Innergschlöß — auszunehmen. Es sind dies die großartigsten Bereiche dieses Raumes. Auch die Österreichische Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz mit ihren ca. 1,5 Millionen Mitgliedern hat diese Forderung mehrmals unterstützt.

Es besteht nunmehr aber die Gefahr, daß auch diese bescheidenen Forderungen ignoriert werden.

Naturschutz in Tirol — kritisch betrachtet

Anläßlich einer Informationsveranstaltung der „ARGE Natur- und Umweltschutz Tirol“ über den geplanten **Nationalpark Hohe Tauern** am 4. 12. 1980 in Innsbruck hielt **Univ.-Prof. Dr. Franz Fliri**, Bergbauernsohn aus dem Ötztal und aktiver Landwirt, Vorstand des Instituts für Geographie der Universität Innsbruck, eine kurze Einführung in die Problematik des Naturschutzes in Tirol, die nachstehend auszugsweise wiedergegeben wird. Als Kenner der Tiroler Naturschutzszenen und des Berggebietes weiß Prof. Fliri um die Schwierigkeiten der Nationalparkentwicklung Bescheid:

„Unser Land ist nach einer mehr als überzeitigen Schwangerschaft am Nationalpark in die Geburtswehen gekommen, so heftig, daß es unentschieden scheint, ob sie einem kräftigen Kinde oder einer Totgeburt gelten. An Abtreibungsversuchen hat es ja seit der Hochzeit zu Heiligenblut nicht gefehlt . . .

Während in Salzburg und Kärnten längst ein glaubwürdiger Anfang gesetzt ist und der Wille zur Verwirklichung außer Zweifel steht, vertun wir die Zeit mit inneren Auseinandersetzungen. Der wahre Grund dafür: in Tirol lassen sich die ideellen und die materiellen Erwägungen nicht in Übereinstimmung bringen. Das war schon immer die Schwierigkeit der Reichen und nicht jene der Armen . . .

Naturschutz bleibt vielmehr ein bewußter und verbindlicher Verzicht auf die unmittelbare wirtschaftliche Nutzung von Teilen unseres Landes. Naturschutz ist damit der sichtbare Ausdruck eines inneren religiösen Verhaltens, nämlich der Achtung vor der Schöpfung und der Ehrfurcht vor dem Schöpfer. Sogar die Nichtgläubigen müssen den hohen und in unseren Tagen zunehmenden erzieherischen Wert einer solchen Glaubensäußerung anerkennen.

Der Dienst am Mitmenschen und der Dienst an der Schöpfung sind nicht zu trennen und wir sind alle gut beraten, das nie aus dem Auge zu verlieren . . .

Wo noch Zeit ist, soll man vorher wissen, daß man nicht beides haben kann.

Neben Einrichtungen des Massentourismus hat der Naturschutz keinen Platz. Kompromisse sind im Naturschutz nicht möglich. Man soll entweder einen Wasserfall oder einen Bach ganz verwerten oder man soll ihn in Ruhe lassen.

Es bleibt die Frage, ob wir uns den Naturschutz leisten können. Jahrhundertlang ist Tirol ein armes Land gewesen und die Leute haben auswandern müssen. Vor kurzem hieß es, auch die heutigen Bergbauern könnten vom Vaterunserbeten nicht leben. Ein böses Wort, wenn man bedenkt, wie reich wir geworden sind, was nicht zuletzt die vielen tausend Einwanderer beweisen. Aber vielleicht ist christliche Hilfe am Nächsten politisch ebenso unrealistisch wie Achtung vor der Natur. Es liegt die Frage nahe, wie gering die Regierenden von den geistigen Grundsätzen jener denken, die sie gewählt haben. Vielleicht fiel der Entschluß für den Naturschutz und der Verzicht auf massentouristische Konzentrationseinrichtungen auch den Osttirolern leichter, wenn sie darüber nachdächten, was es wohl zu bedeuten habe, wenn Öztaler Schulkinder sich zu Weihnachten die Fremden fortwünschen. Das ist leider nur ein kleiner Ausschnitt aus

dem Bereich eines geistigen und materiellen Ausverkaufs, der von der Liebedienerei vor dem großstädtischen Erholungsproletariat und dem Verzicht auf kulturell schöpferische Eigenständigkeit bis zum völligen Vermarkten der Landschaft führt. Wenn uns nach und nach alle Feldkreuze gestohlen werden, ist der Abschied der Tiroler symbolhaft greifbar.

Es scheint, daß sich ein geistiger und materieller Umbruch in großen Teilen der Welt abzeichnet. Wer nicht Verzicht leisten kann, wird sich arm fühlen. Wenn uns schon die Achtung vor der Schöpfung nicht zum Verzicht zwingt, sollte uns die Vorsicht mahnen, behutsam vorzugehen. Wir sind noch immer reich an Schätzen der Natur. Künftige Generationen werden uns nicht nach den erreichten Fremdennachtigungen oder den erbeuteten Kilowatt richten, sondern nach dem, was wir ihnen zeitlos gültig überlassen haben.“

Der Salzburger Anteil

Die Salzburger Landesregierung hat bereits eine Reihe von Maßnahmen zum Schutze des Salzburger Anteils im zukünftigen Nationalpark Hohe Tauern gesetzt; so steht der Großteil des vorgesehenen Gebietes unter Landschaftsschutz.

Am 9. Juli 1970 faßte die Landesregierung folgenden zukunftsorientierten Beschluß von großer ökologischer Tragweite:

„Jede energiewirtschaftliche Nutzung im Hollersbachtal (Kratzenbergsee) und in den benachbarten Tauerntälern des Oberpinzgaues vom Felbertal bis einschließlich des Krimmler Achentalles mit dem Rainbach- und Windbachtal wird grundsätzlich abgelehnt.“

Dieser Beschluß wurde 1974, 1977 und 1981 mit einigen kleinen Abänderungen bekräftigt. Der bedeutsame Beschluß der Salzburger Landesregierung war, wie Regierungsmitglieder mehrmals betonten, **ein Kompromiß** für Erschließungen und energiewirtschaftliche Projekte in anderen Teilen unseres Landes.

Laut Landeskorespondenz vom 14. 9. 1981 beschloß die Landesregierung folgende Maßnahmen, um in der Nationalparkfrage weiterzukommen:

1. Über den Kernzonenbereich soll ein umfangreiches Begutachtungsverfahren eingeleitet werden.
2. Die zuständige Abteilung hat unverzüglich die räumliche Abgrenzung der Außenzonen vorzunehmen.
3. Erst nach der Fixierung der Außenzonen zu den Kernzonen wird die konkrete Prüfung der energiewirtschaftlichen Projekte auf der **grundsätzlichen Basis des Regierungsbeschlusses 1970 möglich.**
4. Die zuständigen Abteilungen werden beauftragt, ein Entwicklungskonzept als Grundlage der notwendigen Förderungsmaßnahmen für den zukünftigen Bereich des Salzburger Anteil des Nationalparkes zu erstellen.
5. Im Entwurf für ein Nationalparkgesetz soll auch die Schaffung eines Nationalparkfonds vorgesehen werden.
6. Die zuständige Abteilung wird beauftragt, unter Hinweis auf Artikel 4, Abs. 2 der Vereinbarung von Heiligenblut vom 21. Oktober 1971 unverzüglich das Einvernehmen mit dem Amte der Tiroler Landesregierung dahingehend herzustellen, daß eine **Erschließung des Großvenedigers von Tiroler Seite her der Vereinbarung von Heiligenblut widerspricht.**

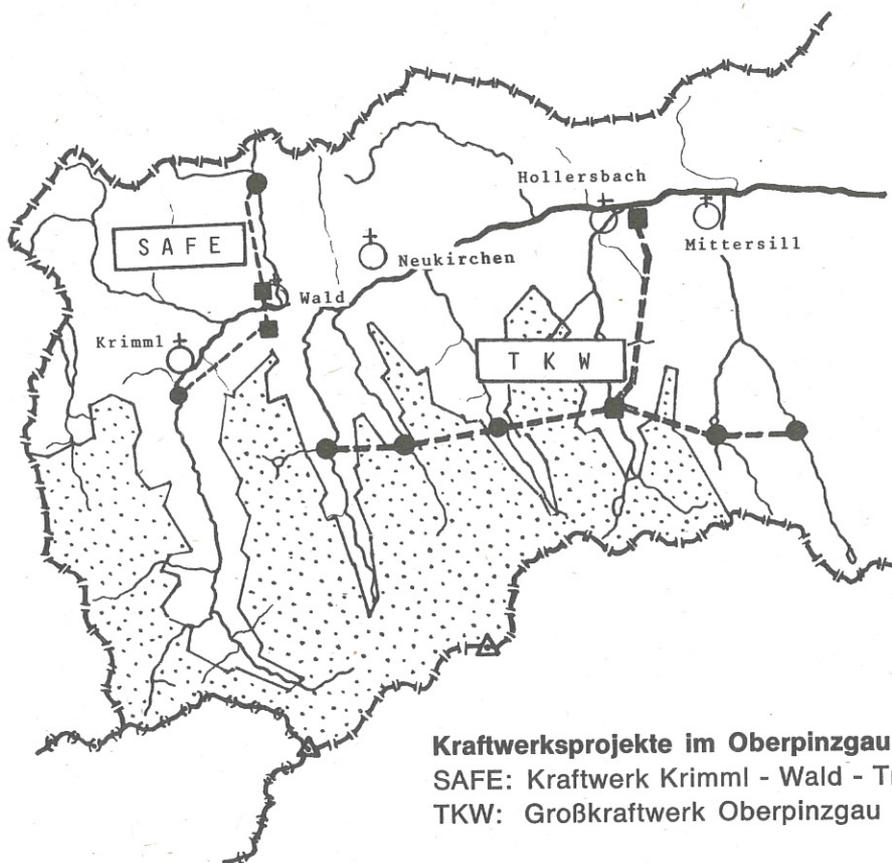
WERDEN SIE MITGLIED DES ÖNB!

Helfen Sie uns, unser Land so schön und gesund wie möglich zu erhalten und werden Sie Mitglied! Sie zeigen sich dadurch mit unseren Anliegen solidarisch und geben unserer Stimme mehr Gewicht. Der ÖNB ist überparteilich und besteht seit 70 Jahren. Der Mitgliedsbeitrag beträgt nur S 80.— und für Förderer S 200.— pro Jahr. Als unser Mitglied erhalten Sie regelmäßig den ÖNB-Kurier, der Sie über aktuelle Naturschutzfragen und über unsere zahlreichen Veranstaltungen informiert.

Angriff auf die letzten noch weitgehend unberührten Gletscherbäche im Salzburger Anteil durch Großkraftwerk aus heiterem Himmel

Trotz der von der Landesregierung von allen drei Parteien einstimmig gefaßten Grundsatzbeschlüsse gegen eine hydroelektrische Nutzung der letzten 5 Gletscherbäche mit Bachableitungen treten die Tauernkraftwerke mit dem Projekt eines Großkraftwerkes Oberpinzgau mit umfangreichen Bachableitungen an die Öffentlichkeit und fordern von der Landesregierung eine Revision des Grundsatzbeschlusses von 1970. Das Projekt der TKW sieht die Nutzung der Ge-

wässer des Ober- und Untersulzbachtales, des Habach- und Hollersbachtales, sowie des Felbertales für ein Kraftwerk in Hollersbach vor. Es sind, wie aus der Skizze hervorgeht, umfangreiche Bachableitungen und die Errichtung von Staudämmen vorgesehen. So soll z. B. der Untersulzbach im Bereich der Abichl- und Aschalm in 1400 m Seehöhe in den geplanten Speicher bei der Moaralm im Habachtal abgeleitet werden. Einzelheiten sind noch in Ausarbeitung.



Kraftwerksprojekte im Oberpinzgau:
 SAFE: Kraftwerk Krimml - Wald - Trattenbach
 TKW: Großkraftwerk Oberpinzgau



An den
 Österreichischen
 Naturschutzbund
 Landesgruppe
 Salzburg
 Arenbergstraße 10
 5020 Salzburg

Name: _____
 Vorname: _____
 Beruf: _____
 Anschrift: _____

Ich möchte
 Mitglied Förderer
 (bitte ankreuzen)
 des ÖNB werden.

 Unterschrift

Dies bedeutet SOS für die letzten fünf Gletscherbäche

Ziel: Der Regierungsbeschluss darf nicht abgeändert werden.

Der Österreichische Naturschutzbund setzte erste Aktionen:

- Bereitschaft zu einem zweiten Kompromiß: Zustimmung zum Kraftwerk Wald der SAFE im Oberpinzgau, unter Ausnützung der Krimmler Ache unterhalb der Wasserfälle und des Trattenbaches, da es die Gletscherbäche bis zum Talschluß nicht beeinträchtigt. (Siehe Skizze!)
- Strikte Ablehnung des TKW-Kraftwerkes
- Mobilisierung aller unserer Freunde im Lande Salzburg – es sind viele! In 30jähriger Jugendarbeit ist die Idee eines maßvollen, aber zukunftsorientierten ökologischen Naturschutzes weit verbreitet worden.

- Pressekonferenzen – Information der Bevölkerung
- Information bei einer Großveranstaltung in der Aula der Universität am 3. Juni 1981, an der spontan 1.100 Menschen – darunter zwei Drittel junge Leute – teilnahmen.
- Vorgesprachen bei Politikern aller drei im Salzburger Landtag vertretenen Parteien
- **Gründung einer Aktionsgemeinschaft:** Mit Sektionenverband Salzburg des Alpenvereines, Weltbund zum Schutze des Lebens, Österreichischer Touristenclub, Österreichische Naturschutzjugend, Verein Naturschutzpark Stuttgart, Bürgerinitiative „Schützt Salzburger Landschaft“.

Die Landesgruppe Salzburg des „Touristenvereines Die Naturfreunde“, deren Fußvolk begeisterte Bergsteiger und Naturschützer sind, dürfen nicht mittun – ihr Landesobmann ist Direktor der Tauernkraftwerke.

Warum tritt der Naturschutzbund so vehement für die Erhaltung der letzten weitgehend noch unberührten fünf Gletscherbäche ein?

- Es sind die letzten fünf österreichischen Gletscherbäche an der Nordseite der Hohen Tauern, die – von einigen kleineren Wasserkraftnutzungen abgesehen – noch bis in das Salzahtal einen naturbelassenen Lauf nehmen. Die übrigen sind bereits in irgendeiner Form energiewirtschaftlich genutzt und verändert.
- Die Gletscherbäche sind Wesenselemente der Landschaft in den Hohen Tauern und auch Wesenselemente unserer Bergheimat. Unsere Generation hat daher nicht das Recht, diese landschaftlichen Schätze bis zum letzten Wildbach in tote Gerinne mit einer oft nicht eingehaltenen Restwassermenge zu verändern oder sie im unteren Teil zu amputieren.
- Die Bäche sind ein unschätzbare landschaftliches Kapital für jene Generationen, die nach uns kommen. Unsere Generation hat bereits mehr zerstört als alle vor uns.
- Wir müssen auch, wie der Bergbauernsohn aus dem Ötztal Univ.-Prof. Fliri, Innsbruck nachstehend sagt, als Ausdruck eines inneren religiösen Verhaltens, aus einer Achtung vor der Schöpfung und der Ehrfurcht vor dem Schöpfer vor einer grenzenlosen Zerstörung haltmachen.
- Aus einer überregionalen Verantwortung und europäischen Verpflichtung Österreichs, wie Prof. Fritz Seewald in der Alpenvereinszeitschrift schreibt: „Es geht um die Rettung und Bewahrung des größten und wertvollsten Naturlandes in Europa in seiner Einmaligkeit und Unberührtheit, um die Erhaltung der letzten Refugien urtümlicher Natur für den zivilisationskranken, erholungshungrigen Menschen, der die Naturbegegnung sucht, die Bewahrung seiner selbst in der Urkraft Natur, um sich wiederzufinden und sich somit ein gewisses Maß an Menschlichkeit zu erhalten oder zurückzugewinnen.“
- Bäche haben durch ihre Ästhetik, durch ihr beruhigendes Rauschen einen hohen Erlebnis- und Erholungswert. Umso wichtiger ist es, sie in den Zugangs- und Außenzonen des zukünftigen Nationalparks, welche auch die Hauptwanderzonen sind, zu erhalten. Es sind jene Zonen, denen, wie Prof. Inama sagt, durch die Harmonie ihrer Natur in Zukunft eine besondere Kurqualität zugesprochen werden wird.
- Es gibt in Österreich keinen Stromnotstand, der die energiewirtschaftliche Nutzung dieser Gletscherbäche rechtfertigen würde.

- Kraftwerke und Beileitungen haben den Ausbau von Baustraßen für Baufahrzeuge, die Anlage von Schottergruben und Steinbrüchen zur Folge, die den Wert der Zugangs- und Außenzonen für den zukünftigen Nationalpark beträchtlich vermindern.
- Naturdenkmäler wie der Seebachwasserfall, der Untersulzbachfall und kleinere Wasserfälle wären in Gefahr, bedeutungslos zu werden.
- Die Salzburger Landesregierung hat durch die Erklärung weiter Bereiche des Venedigers zum Landschaftsschutzgebiet, durch den Pinzgauer Entwicklungsplan, durch die Vereinbarung von Heiligenblut und durch den Grundsatzbeschluß von 1970 die Widmung dieses Gebietes festgelegt, die eine energiewirtschaftliche Nutzung der Bäche im großen Stil mit Beileitungen und Stauungen **eindeutig ausschließt**. Im Pinzgauer Entwicklungsplan heißt es im ersten Absatz wörtlich unter anderem, die unter Punkt 1 angeführte Grünzone ist als „Fremdenverkehrsrandgebiet und Planungsraum Nationalpark Hohe Tauern“ ausgewiesen und reicht auf der erstellten Karte im Norden bis zu den Talausgängen der Tauerntäler. Die Widmung lautet „Gebiet für Erholung einschließlich des Ausbaues von Fremdenverkehrseinrichtungen, in dem der Bewahrung der natürlichen Gegebenheiten jedoch besonderes Augenmerk zu geben ist“.

Zu Argumenten der Kraftwerksbefürworter

Ohne Kraftwerk Oberpinzgau gehen die Lichter aus?

Haben wir in Österreich Stromnotstand?

Müssen wir zum letzten Wildwasser greifen?

Der Naturschutzbund ist keineswegs gegen alle Kraftwerke! In Salzburg und im übrigen Österreich sind eine große Zahl von Kraftwerken im Bau oder in Planung, gegen die der Österr. Naturschutzbund keinen Einwand erhoben hat.

(1 GWh = 1 Gigawattstunde = 1 Million Kilowattstunden; nachstehende Werte beziehen sich auf 1 Jahr, bei durchschnittlicher Wasserführung)

IN SALZBURG SIND DIES:

Kraftwerk Bockhartsee – Naßfeld – Böckstein
mit Beileitung der Hüttwinkelache aus dem Raurisertal 120 GWh

6 Kraftwerke an der mittleren Salzach

Kraftwerk Grafenhof-St. Veit	66 GWh
Kraftwerk St. Johann	66 GWh
Kraftwerk Urreiting	68 GWh
Kraftwerk Bischofshofen	70 GWh
Kraftwerk Kreuzbergmaut	ca. 50 GWh
Kraftwerk Pfarrwerfen	ca. 50 GWh

Ausbau d. **Kraftw. Badgastein-Zottelau** 59 GWh

Kraftwerk Wald mit Nutzung der **Krimmler Ache** außerhalb der Wasserfälle und des Trattenbaches (mit Speicher) ca. 80 GWh

Speicherkraftwerk Rotgüldensee (Vollausbau (mit Ableitung der hinteren Mur, des Moritzenbaches und des Altenbergbaches) 71 GWh

Kraftwerk Tamsweg-Ainach 141 GWh

Die SAFE wird durch die Errichtung einer Reihe von Kraftwerken die eigene Stromaufbringung in den nächsten zehn Jahren zirka verdoppeln, d. h. von 454 GWh auf ca. 1000 GWh erhöhen.

GROSSE WASSERKRAFTWERKE DER VERBUNDGRUPPE IM BAU ODER PROJEKTERT

In Osttirol:

Großspeicher	ca. 800 GWh
Zillergründel (Zuwachs):	196 GWh

An der Donau:

Melk	791 GWh
Greifenstein	1.700 GWh
Hainburg	2.136 GWh

An der Drau:

Kraftwerke Annabrücke	416 GWh
Obere Drau (bis Lienz)	670 GWh

Kraftwerke der OKA:

Traun-Uking	229 GWh
Eth	185 GWh
Traun-Kobben	100 GWh
Mittlere Traun	100 GWh

Kraftwerke der STEWAG:

Bodendorf	135 GWh
Spielfeld	76 GWh
Talbach	142 GWh
Gulling	100 GWh

Kraftwerke der TIWAG:

Sellrain-Silz	718 GWh
Telfs-Innstufe	85 GWh
Stams-Innstufe	85 GWh

Kraftwerke der VKW:

Beteiligung am Wahlgauwerk 50 %	177 GWh
Buch – Bregenzer Ache	81 GWh
Schupernau	71 GWh

Weiters **15 Kalorische Kraftwerke der Verbundgruppe** mit einer Gesamtengpaßleistung von 2.189 Megawatt (1 Megawatt = 1000 Kilowatt), das entspricht ca. der zweifachen Leistung vom nicht in Betrieb gegangenen Atomkraftwerk Zwentendorf. Daneben sind noch eine ganze Reihe kleinerer Kraftwerke der Landesgesellschaften in Bau oder in Planung.

Die Daten wurden Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie entnommen.

Der größte Engpaß der Stromversorgung liegt bereits hinter uns

So lautet der Titel einer im Oktober 1981 erschienenen 20seitigen Studie der Energieverwertungsagentur in Wien, herausgegeben von Jörn Kanjak, die von objektiver Seite – nämlich der seinerseits zur Energieberatung des Bundeskanzlers gegründeten Energieverwertungsagentur (EVA) herrührt.

Nach den Ausbauplänen der E-Wirtschaft für die Achtzigerjahre ist eine jährliche Steigerung der Stromproduktion von **5,9 %** vorgesehen. Zieht man die wenigen Kraftwerksanlagen ab, gegen die sich der Protest der Naturschützer richtet, so wird sich dieser Wert kaum nennenswert ändern.

Demgegenüber **sinkt die Stromverbrauchszuwachsrate** weiter ab. Sie lag 1979/80 bei rund 4 % und wird 1981 nach Aussage der EVA bei **0,5 %** liegen.

Selbst bei ungünstigen Bedingungen im Winter bestand bisher keine Gefahr für die Stromversorgung in Österreich. Der bisher gemessene österreichische Höchstverbrauch von 5.226 Megawatt fiel auf den 16. 1. 1980. Der Sicherheitspolster lag an diesem Tag noch um $\frac{1}{4}$ über dem Verbrauch. Die Reserven betragen immer noch 25,4 % (EAV-Bericht Seite 4 Oberösterreichische Nachrichten vom 24. 10. 1981).

Der kräftige Rückgang des Stromverbrauches beruht auf der Stagnierung der österreichischen Bevölkerung, auf dem Umstand, daß die meisten Haushalte mit Elektrogeräten versorgt sind bzw. neue Haushaltsgeräte einen rationelleren Stromverbrauch haben, und schließlich auf der allgemeinen Rezession in der Industrie. Auch die Einsparungen der Verbraucher durch den hohen Strompreis fallen natürlich ins Gewicht.

Österreich exportiert auch eine beachtliche Menge von Strom, der der E-Wirtschaft große Gewinne einbringt, da wesentlich mehr Spitzenstrom exportiert als Laufstrom importiert wird.

	1979	1980
Österr. Stromexport	6669 GWh	7115 GWh
Österr. Stromimport	2844 GWh	3156 GWh

Laut Wiener Zeitung vom 21. 5. 1981, Seite 6, betrug der Gewinn der Verbundgesellschaft durch Stromausfuhr abzüglich der Stromeinfuhr 1980 2.336,344.607 Schilling. Aus obiger Darstellung geht hervor, daß wir in den nächsten Jahren keineswegs eine Stromnot haben, sondern vielmehr immer mehr Stromüberschuß produzieren. So ist auch die sehr kostenaufwendige Werbung der Energiegesellschaften für den Stromverbrauch verständlich. Österreich kann sicher die Gewinne aus dem Stromverkauf ins Ausland gut brauchen, muß aber für weitere Steigerung dieser Gewinne auch der letzte Wildbach zerstört werden?

Die Stromsituation ist also kein Argument für die Zerstörung der letzten fünf Gletscherbäche in den Hohen Tauern.

Das Großkraftwerk schafft Arbeitsplätze für den Pinzgau

Während der Bauzeit ist dies sicherlich richtig, wenngleich sich auch die Fremdarbeiter freuen können. Nach Fertigstellung funktionieren hochtechnisierte Einrichtungen weitgehend automatisch unter weitgehender Einsparung von Arbeitskräften.

Hingegen sichert der Fremdenverkehr Arbeitsplätze auch für die Zukunft. Der Salzburger Fremdenverkehr macht derzeit ein Drittel des Nettosozialproduktes aus. Schon daraus geht hervor, daß er ein überaus wichtiger Faktor für die Arbeitsplatzsicherung ist. **Jede Schwächung des Fremdenverkehrs durch Beeinträchtigung des Kapitals Natur ist daher ein Anschlag auf die Arbeitsplätze.**

Arbeitsmarktpolitisch betrachtet ist der Fremdenverkehr ungleich arbeitsmarktfördernder als ein in Betrieb befindliches Kraftwerk.

Millionen für den Oberpinzgau

Sicherlich sind es Millionenbeträge, die während der Bauzeit und teilweise auch nachher durch das Kraftwerk den einzelnen Gemeinden zufließen. Die Verantwortlichen in der Gemeinde müssen sich aber auch Gedanken machen über den Preis, den sie für diese „Silberlinge“ zu zahlen haben. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Ein-

sicht erst nach den Zerstörungen in den Tälern käme. Den Erholungswert und die Schönheit der Landschaft kann man leider nicht so leicht in Zahlen fassen wie die aus der Wasserkraft gewonnene Energie in Kilowattstunden. Eines ist jedoch sicher: Die landschaftlichen Werte werden in Zukunft immer mehr steigen. Dessen sind sich auch die Gemeinden voll bewußt, die in ihren Prospekten der Natur einen breiten Raum widmen. Umso mehr lassen Vertreter der Tauernkraftwerke diese sogenannten „Silberlinge“ immer wieder anklingen, um den Gemeinden die Zustimmung abzurufen. Sie tun dies, obwohl sie wissen, daß aufgrund der bestehenden Gesetze und Beschlüsse ein Großkraftwerk gar nicht möglich ist.

Herr Direktor Gmeinhard der TKW gab bei der stürmischen Diskussion in Hollersbach am 20. 11. 1981 folgenden langen Satz von sich, über den sich der Leser selbst einen Kommentar bilden möge. Die Aussage wurde vom ORF aufgezeichnet.

„Ich bin für die Beruhigungsphase, ich muß gezwungenermaßen dafür sein; wenn ich mich nicht beherrschen würde, hätte ich sagen müssen: Nach dem, was ich letzte Woche in der Zeitung gelesen habe, müßten eigentlich irgendwelche Leute auf den Knien zur TKW kommen und sagen: ‚Na fangt doch endlich an.‘ Aber ich sage nur, ich würde es sagen müssen, ich sage es nicht, ich halte mich ja an das, was ich zugesagt habe.“

Während der Bauzeit würden sicher einzelne Gemeindebürger, Schottergrubenbesitzer, Transportunternehmer, Baufirmen und andere viel verdienen. Was aber verdient daran der einzelne Bürger, der weitgehend auf Fremdenverkehr eingestellt ist? Er wird starke Einbußen während der Bauzeit und nachher hinnehmen müssen.

Aus einem gediegenen Fremdenverkehr hingegen verdient jeder Bürger direkt oder indirekt durch Privatzimmervermietung oder Dienstleistungen.

Was bringt der Fremdenverkehr dem Pinzgau?

Läßt er sich steigern?

Welche Gefahren drohen durch Landschaftszerstörung?

Es ist kein Zweifel, daß der wirtschaftliche Aufschwung und Wohlstand im Oberpinzgau zu einem maßgeblichen Teil dem Fremdenverkehr zuzuschreiben ist. Ein Großteil der Bevölkerung hat daran teilgenommen.

Nach der Gemeindefinanzstatistik 1979 über das **Pro-Kopf-Steueraufkommen** stehen unter den 119 Salzburger Gemeinden:

Krimml	mit S 5.465.—	an 14. Stelle
Wald	mit S 4.299.—	an 25. Stelle
Neukirchen	mit S 4.146.—	an 36. Stelle
Hollersbach	mit S 3.274.—	an 79. Stelle
Bramberg	mit S 3.121.—	an 82. Stelle

37 Gemeinden des Landes haben demnach ein niedrigeres Steueraufkommen. Zum Vergleich: Die Gemeinde Göriach liegt mit 2.079.— an 119. (letzter) Stelle.

Interessant ist auch die Steigerung der Nächtigungszahlen in den letzten zehn Jahren:

	1969/70	1980/81	Steig.
Krimml	124.936	177.577	+ 42 %
Neukirchen/Grv.	215.443	331.398	+ 45 %
Hollersbach	30.543	70.557	+ 131 %
Zum Vergleich:			
Obertrum a. See	32.436	41.773	+ 29 %

Die Erlöse aus dem Fremdenverkehr im Bundesland Salzburg lagen im Fremdenverkehrsjahr
1969/70 bei 3.959 Milliarden S
1979/80 bei 11.729 Milliarden S

Dies bedeutet eine Zunahme von 196 %.

Wie sich bereits zeigt, ist der Fremdenverkehr auch in Zeiten der wirtschaftlichen Rezession fast krisenfest. Gerade unser Land hat eine günstige geographische Lage und schnelle Verbindungen zur Bundesrepublik Deutschland, aus der die meisten Touristen zu uns kommen. Wir sind fast ein Naherholungsraum, der auch in schlechten Zeiten frequentiert sein wird. Umso mehr müssen wir alle Chancen in dieser Richtung nutzen.

Der Erholungsuchende wird kritischer und anspruchsvoller bei der Wahl seines Urlaubsortes. Jeder Verkehrsverein weiß, daß man mit Farbfotos unberührter Landschaften, Bäche, Wasserfälle, Wälder, Naturdenkmäler, auch durch Anführung von Landschafts- und Naturschutzgebieten bestens werben kann.

Eine Modelluntersuchung im wasserreichen Virgental in Osttirol durch Univ.-Prof. Dr. Engelhard, München, brachte interessante Ergebnisse.

Auf die Frage „Was war für Sie entscheidend für die Wahl des Virgintales als Urlaubsort“ – es waren mehrere Antworten möglich – entschieden sich 78,7 % für Landschaft des Virgintales mit den Möglichkeiten zum Bergsteigen und Wandern, 67,3 % für die weitgehende Ursprünglichkeit dieser Landschaft. Auf die Frage „Wie verbringen Sie Ihren Urlaub in erster Linie?“ antworteten 86 % Bergwandern, 44 % Bergsteigen, 41 % Spaziergehen. Unter Bergwandern verstehen die Gäste Wanderungen in die Täler zu niedrig gelegenen Hütten und Jausenstationen. Es ist dies gerade der untere Teil der Täler, die durch die Wasserableitungen tot würden. Die Modelluntersuchung zeigte auch, daß gerade das fließende Wasser bei der Landschaftsbewertung einen hohen Stellenwert einnimmt. Die Voraussetzung eines stabilen Fremdenverkehrs ist somit sicher neben einer notwendigen Infrastruktur in den Gemeinden in erster Linie die landschaftliche Qualität. Diese wird mit der starken Tendenz „Gesünder leben“ immer höher bewertet werden. Eine technisierte Landschaft lockt nicht mehr.

Der Fremdenverkehr könnte aber auch rückläufig werden

In der Bundesrepublik gibt es sehr kritische Stimmen über kurzsichtige Landschaftszerstörungen in Österreich. So schreibt die Süddeutsche Zeitung kürzlich von unbedenklichem Umgang der Österreicher mit ihrem großen Kapital der Natur. „Noch immer halten dort viele Leute die Alpen für eine Art umgedrehte Goldgrube – man holt den Gewinn aus allen Höhen.“

Die Bundesrepublik bemüht sich immer mehr, besonders in Ober- und Niederbayern, die Gäste im Lande zu halten. So legt man in Bayern gerade auf die Erhaltung hochwertiger Naturgebiete größten Wert. Es wurden auch bereits zwei Nationalparke, Berchtesgaden und Bayrischer Wald, geschaffen.

Die Urlaubsgäste, die im Sommer zu uns kommen, könnten eines Tages andere Landschaften bevorzugen. Es liegt daher an den Gemeinden, die Chance für einen dauerhaften Fremdenverkehr zu nutzen.

Wie reagieren die Politiker und Parteien?

Wie stellen sie sich zum Regierungsbeschuß und Nationalpark?

Ein erster Erfolg der Aktionsgemeinschaft zeichnet sich ab.

Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer, ÖVP, und die Landtagsfraktion der FPÖ demonstrieren von Anfang an eine feste Haltung mit ökologischem Weitblick. Landeshauptmann Haslauer teilte dies bereits am 8. 5. 1981 in einem Schreiben dem Sektionen-Verband Salzburg des Österreichischen Alpenvereines mit.

Auszug aus einem

Interview mit Herrn Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer

vom 11. 11. 1981

Frage:

Der wachsende Natur- und Kulturverlust und der dahinterstehende Einzel- und Gruppenegoismus ist wohl ein sehr wesentlicher Grund für die Entfremdung vor allem der Jugend von den Wert- und Zielvorstellungen Ihrer Generation.

Hat man übersehen, daß Heimatbewußtsein eine intakte Landschaft zur Grundlage haben muß?

Sehen Sie im Nationalpark Hohe Tauern einen Weg, einem weiteren Wertverlust zu begegnen?

Landeshauptmann Dr. Haslauer:

Nach dem zweiten Weltkrieg war es das Ziel der Politik, die Grundlagen für das materielle Wohlbefinden der Staatsbürger zu sichern. Es gelang dies besser, als man damals je erhoffen konnte. Bei allen Bemühungen darüber hat man übersehen, daß zum Wohlbefinden der Menschen mehr gehört als nur Wohlstand: „Der Mensch braucht nicht nur Brot allein!“ Die Jugend, für die der materielle Wohlstand und der Besitz schon selbstverständlich geworden sind, fühlt, daß bei allem Bemühen etwas zu kurz gekommen ist. Deshalb hat eine vorausschauende Politik die Lebensqualität zu sichern... Ich bin überzeugt, mit der Verwirklichung der Nationalparkidee einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung und zum Ausbau der Lebensqualität zu liefern...

Jetzt gilt es, mit einer entscheidenden Haltung zu erkennen zu geben, daß es mir ernst darum ist, den Beschluß der Salzburger Landesregierung aus dem Jahr 1970 einzuhalten und der tie-

fen Verunsicherung der Bevölkerung der betroffenen Gemeinden ein Ende zu setzen.

Frage:

Bis wann, glauben Sie, wird sich der Nationalpark Hohe Tauern auf Salzburger Gebiet verwirklichen lassen? Welche Hauptschwierigkeiten gibt es dabei noch auszuräumen?

Landeshauptmann Dr. Haslauer:

Der erste konkrete Schritt wurde am 14. 9. 1981 getan, als die Salzburger Landesregierung einen Amtsbericht zur Kenntnis genommen hat. Es ist mein besonderes Anliegen und auch meine Verpflichtung als Landespolitiker, daß nicht nur die Menschen den Nationalpark für die Erhöhung ihrer Lebensqualität nützen können, sondern ich muß auch gleichermaßen vermeiden, daß dadurch für die im Raum des Nationalparks Wohnenden Nachteile entstehen werden und muß ihnen die gleichen Entwicklungschancen bieten, die die übrige Bevölkerung erhalten hat. Dies alles unter der einen Einschränkung: Diese Ziele müssen sich ohne Kraftwerke erreichen lassen. Es gilt, die wirtschaftlichen Alternativen dazu zu finden, die mit den Verpflichtungen aus dem Vertrag von Heiligenblut nicht in Widerspruch stehen. Ich bin der Überzeugung, daß in den nächsten Jahren und Jahrzehnten der Erholungsfremdenverkehr in unberührten Landschaften neue Dimensionen erhalten wird.

Nach Artikel 15 a der Bundesverfassung wird auch die Österreichische Bundesregierung eingeladen, dem Nationalparkfonds beizutreten. Salzburg hat im Budget 1982 1,7 Mill., die Bundesregierung 4,5 Mill. Schilling für den zukünftigen Nationalpark – vor allem für die Verwirklichung des Nationalparkmodells Sulzbachtäler – vorgesehen.

Mein Ziel ist es, bis Frühjahr 1982 den Nationalparkgesetzesentwurf vorlegen zu können und dann einer breiten öffentlichen Diskussion zuzuführen. Ende 1982 wird es an die endgültige Gestaltung des Gesetzesentwurfes gehen und ich hoffe, daß man es 1983 in Kraft setzen kann.

Frage:

Die Generalversammlung des ÖNB hat am 23. 10. 1981 in einer Resolution den Dank an Sie dafür ausgesprochen, daß Sie sich so klar zur Beibehaltung des Regierungsbeschlusses der Salzburger Landesregierung vom 9. 7. 1970 ausgesprochen haben, der die volle Erhaltung der Bäche des Krimmltales, des Ober- und Untersulzbachtales, des Habach- und Hollersbachtales vorsieht. Werden wir hoffen dürfen, daß Ihre Position stark genug sein wird, die geplanten Was-

serkraftsprojekte zu verhindern, halten auch Sie Kompromisse in dieser Frage für unmöglich?

Landeshauptmann Dr. Haslauer:

Ich habe deutlich zum Ausdruck gebracht, daß am Beschluß der Salzburger Landesregierung vom 9. 7. 1970 uneingeschränkt festgehalten werde. Die Landesregierung wird deshalb im Sinne des Pragraphen 108 des Wasserrechtsgesetzes (das den zuständigen Amtsstellen ein Begutachtungsrecht einräumt, wenn die Interessen des Naturschutzes betroffen werden), das Landwirtschaftsministerium in Kenntnis davon setzen, daß aus naturschutzrechtlichen Gründen keine energiewirtschaftliche Nutzung der Bäche in Frage kommt. Ich werde persönlich darum bitten, den gegenständlichen Antrag abzulehnen.

Frage:

Die Aufgaben eines Nationalparks sind im Paragraph 18 des Salzburger Naturschutzgesetzes definiert. Kommt auch der Naturschutz im Nationalpark zu seinem Recht?

Landeshauptmann Dr. Haslauer:

Der Nationalpark wird für und nicht gegen den Menschen eingerichtet. Das zukünftige Nationalparkgesetz wird wegen der unterschiedlichen Regelungen für die Kern- und Außenzone, sowie wegen der erforderlichen Hilfsinstrumente (Fonds) abgestufte Bestimmungen enthalten müssen. Immer unter der Prämisse, die Unversehrtheit der Natur zu erhalten. Es soll also im weitesten Sinne ein Gesetz für und nicht gegen die Menschen werden.

Ergänzung durch das Büro des Landeshauptmannes:

Laut Mitteilung aus dem Büro des Landeshauptmannes spricht sich LH Dr. Haslauer sowohl gegen die Errichtung eines Großprojektes als auch gegen die Errichtung weiterer Kleinkraftwerke an diesen Gletscherbächen aus. Er beabsichtigt, in dieser Frage neuerdings die Landesregierung zu befragen.

Auszug aus einem Interview mit Landesrat Dr. Sepp Baumgartner am 17. November 1981

Frage:

Sie sind das für Fremdenverkehrsfragen zuständige Regierungsmitglied. Ist der Nationalpark für Sie ein belebendes Element für den Fremdenverkehr, und welche Prioritäten gibt es für Sie im Nationalpark?

Landesrat Dr. Baumgartner:

Ja, ich bin realistisch genug, heute schon zu erkennen, daß manche Schwierigkeiten der Finanzierung und Erhaltung von Einrichtungen im Nationalpark sich nur durch den Fremdenverkehr leichter bewältigen lassen. Es bedarf besonderer Geschicklichkeit, diesen Verkauf an den Fremdenverkehr so zu gestalten, daß die Grundidee, die des Naturschutzes, der Erhaltung der Landschaft und ihrer Teile durch das Besuchen nicht gestört wird. Wenn ich als Fremdenverkehrs-Referent vorzeitig in die Nationalpark-Diskussion eingegriffen hätte, hätten wir vielleicht den Nationalpark früher realisieren können, weil nämlich die Menschen in den Nationalparkgemeinden im Fremdenverkehr geschult sind und sehr wohl wissen, daß sich dieselbe Natur unter einem Etikett besser verkaufen läßt. Aber ich hätte es als größte Gefahr angesehen, wenn nicht der Grundgedanke eines Nationalparks, der Naturschutz, vorher Fuß gefaßt hat.

Frage:

Wie steht die FPÖ zum Regierungsbeschluß vom 9. 7. 1970?

Gibt es ein Abweichen vom Beschluß oder nicht?

Was verstehen Sie unter „Tal“?

Landesrat Dr. Baumgartner:

Für die Freiheitliche Partei ist der Beschluß der Salzburger Landesregierung vom 9. 7. 1970 voll gültig. „Tal“ ist für mich die Landschaft von der Quelle eines Baches bis zum Einmünden in die nächstgrößere Flußlandschaft.

Der Österreichische Naturschutzbund dankte

Landeshauptmann Dr. Haslauer und der FPÖ-Landtagsfraktion durch folgende Resolution der Generalversammlung am 23. 10. 1981:

„Die Generalversammlung des Österreichischen Naturschutzbundes am 23. Oktober 1981 hat mit großer Freude zur Kenntnis genommen, daß Sie sich neuerlich zum Regierungsbeschluß der Salzburger Landesregierung bekannt haben, wonach die letzten fünf Gletscherbäche auf der Pinzgauer Seite der Hohen Tauern späteren Generationen erhalten bleiben. Für diese feste Haltung mit großem ökologischen Weitblick spricht Ihnen die Generalversammlung den besonderen Dank aus. Es ist dies eine große Tat für den zukünftigen Nationalpark Hohe Tauern und für spätere Generationen.

Wir sind überzeugt, daß die Pinzgauer Gemeinden bald erkennen werden, welches unschätzbare landschaftliche Kapital sie in diesen fünf Gletscherbächen für die Zukunft haben.“

Für den Österreichischen Naturschutzbund:

Prof. Dr. E. Stüber
Präsident

Dr. Winfried Herbst
Bundesgeschäftsführer

SPÖ Salzburg in Fragen der Gletscherbäche noch immer enttäuschend

Anläßlich seines Besuches der Gemeinde Hrollersbach am Donnerstag, dem 11. Juni, erklärte Landesrat Wolfgang Radlegger in einer Diskussion mit Bürgermeister Anton Kaserer und Gemeindevetretern laut Landeskorespondenz vom 16. 6. 1981: „Er könne sich vorstellen, daß eine energiewirtschaftliche Nutzung des Oberpinzgaues und die Errichtung des Nationalparks Hohe Tauern in der erweiterten Kernzone durchaus vereinbar wären.“

Am 13. Mai 1981 brachten die Landtagsabgeordneten der SPÖ, Zillner, Pichler, Weichenberger und Gruber folgenden Antrag ein:

„Die Landesregierung wird ersucht, mit allen befaßten Stellen abzuklären und zu prüfen, ob der Regierungsbeschluß vom 9. 7. 1970 betreffend die energiewirtschaftliche Nutzung im Oberpinz-

gau dahingehend abgeändert werden kann, daß die Realisierung des Kraftwerksprojektes Oberpinzgau in Abstimmung mit den Grenzen des Nationalparkes sowie mit TKW und SAFE möglich wäre.“

Am 3. 7. 1981 sprach das Aktionskomitee bei Herrn Landesrat Sepp Oberkirchner, SPÖ, dem Ressortführer für Nationalparkangelegenheiten, vor. Das Ergebnis der Vorsprache war für die Mitglieder des Aktionskomitees mehr als enttäuschend. Oberkirchner vertrat die Meinung, daß ein Kompromiß zwischen Nationalpark und Energiewirtschaft im Oberpinzgau gefunden werden müsse. Man hatte nicht den Eindruck, daß Oberkirchner als Zuständiger für den Nationalpark diesem gegenüber den Wünschen der Energiewirtschaft einen Vorrang einräume.

In der Pressekonferenz am 29. 10. 1981 wurde vom Aktionskomitee gegenüber Oberkirchner daher der Vorwurf erhoben, er setze sich mehr für die Belange der Energiewirtschaft als für den Nationalpark ein.

Daraufhin erfolgte folgendes Interview mit Landesrat Oberkirchner:

Auszug aus einem

Interview mit Herrn Landesrat Sepp Oberkirchner

vom 18. 11. 1981

Frage:

In den letzten Monaten spricht man wieder vermehrt vom Nationalpark Hohe Tauern. Alle drei Parteien argumentieren mit ihm und wollen ihn verwirklicht sehen. Läßt er sich plötzlich so gut politisch verkaufen?

Landesrat Oberkirchner:

Die Schaffung eines Nationalparkes ist eine zutiefst humane Aufgabe. Sie hat mit politischen oder gar parteipolitischen kurzfristigen Vorteilen nichts zu tun. Wir sind ganz allgemein zu der Überzeugung gekommen, daß wir zu bewahren haben, was noch zu bewahren ist – und nicht unsere Natur schrankenlos der Technik zu opfern. Die Menschen aller politischen Richtungen haben den Glauben an die Technik weitgehend verloren. Man kann daher die Schaffung des Nationalparkes nicht parteipolitisch betrachten, sondern als echte Aufgabe.

Frage:

Wann wird der Nationalpark in Salzburg verwirklicht werden?

Landesrat Oberkirchner:

Ich habe mir, als ich das Ressort übernahm, zum Ziel gesetzt, in dieser Legislaturperiode (Anmerkung: 1979–1984) die Grundlagen für den Nationalpark soweit herzustellen, daß er geschaffen werden kann.

Frage:

Können Sie uns die neueste Planung schildern? Welche Räume umfaßt die Kern- und Außenzonenplanung?

Landesrat Oberkirchner:

Der Kernzonenbereich wird vom Gebiet der Nordabdachung des Großvenedigers bis hinüber zum Sonnblick reichen und sogar noch einen kleinen Teil des Lungaues umfassen. Er wird ca. 450 km² groß sein. Der im derzeitigen Planungsentwurf befindliche Teil der Nordabdachung des Großvenedigers wird ca. 260 km² umfassen (vom

Krimmler- bis zum Hollersbachtal). Die Außenzonen werden sich nur teilweise an den derzeitigen Landschaftsschutzgebieten orientieren.

Frage:

Welche Bestimmungen wird es in den Außenzonen geben?

Landesrat Oberkirchner:

Das Wichtigste ist die Sicherung des Wasserlaufes vom Ursprung bis zum Verlassen der Außenzone. Darüber hinaus werden alle jene Maßnahmen, die in einem Landschaftsschutzgebiet zu beachten sind, auch in der Außenzone des Nationalparkes zu beachten sein.

Frage:

Am 9. 7. 1970 hat die Landesregierung beschlossen, die westlich des Felbertales liegenden Tauerntäler nicht energiewirtschaftlich nutzen zu lassen. Wie stehen Sie dazu?

Landesrat Oberkirchner:

Nach wie vor neige ich dazu, an diesem Beschluß festzuhalten, aber ich kann es nicht für alle Zeit gültig sagen, weil ich nicht weiß, wie prekär sich die Energiesituation entwickeln wird. Ich weiß nicht, was in zehn Jahren passieren wird, ob man dann nicht vielleicht dem starken Druck weichen muß und man einen Kompromiß suchen muß.

Frage:

Das heißt, daß für Sie auch der Beschluß der Landesregierung nach wie vor gültig ist?

Landesrat Oberkirchner: Ja.

Frage:

Gilt für Sie der Schutz eines Tales vom Ursprung, also vom Quellgebiet, bis zur Ausmündung in die nächst größere Flußlandschaft? Das heißt: Umfaßt dieser Beschluß die Schonung der Täler von der Quelle bis zur Einmündung in das Salzachtal?

Landesrat Oberkirchner:

Nein, es umfaßt also nicht den Bereich bis zur Einmündung in das Salzachtal, sondern nur bis zum Verlassen der Außenzone, denn wir wollen die bestehenden Kleinkraftwerke nicht in die Außenzonen hineinnehmen (gemeint sind Kraftwerk Untersulzbachtal, Kraftwerk Hollersbachtal).

Bei einer von der SPÖ-Gemeindefraktion Hollersbach veranstalteten stürmischen Diskussion am 20. 10. 1981 spricht Landesrat Oberkirchner wieder vom Kompromiß mit der TKW.

(siehe nächste Seite)

Bericht von Hans Kutil

(aus der ORF-Berichterstattung vom 21. 11. 1981)

Bilden Sie sich selbst ein Urteil!

Vor wenigen Wochen hat der für den Nationalpark zuständige Landesrat Sepp Oberkirchner massive Kritik des ÖNB wegen seiner angeblich zu kompromißfreundlichen Haltung gegenüber der E-Wirtschaft hinnehmen müssen. Oberkirchners Reaktion war ein eindeutiges Bekenntnis zum Beschluß der Landesregierung, wonach im Bereich des Nationalparks keine energiewirtschaftlichen Projekte verwirklicht werden sollen. Gestern allerdings wich Oberkirchner von dieser Linie wieder ab, sprach neuerlich von Kompromiß und ließ auch durchblicken, weshalb er vor kurzem auf die Regierungslinie eingeschränkt war. „Ich habe sehr deutlich gesagt, daß ich mich für den Kompromiß eingesetzt habe und daß ich ihn mir vorstellen kann, heute noch. Aber um die Sache nicht in parteipolitische Grenzen aufzusplittern, habe ich mich diesem Beschluß gefügt,

weil ich ja alleine nicht imstande gewesen wäre, einen Kompromiß durchzusetzen. (Anmerkung der Redaktion: Der für den Nationalpark zuständige Landesrat ist in der Salzburger Landesregierung der einzige, der die bisherigen Beschlüsse unterläuft!!) Und eine Basis des Gesprächs muß es weiterhin geben.“

Zwischenfrage des Gemeindevertreters Stöckl (Stöckl Franz, GesmbH, Steinbruch und Schotterwerke, Bagger- und Raupenverleih und Transporte, Betriebe Hollersbach, Neukirchen, St. Johann im Pongau, Weißbach bei Lofer, Büro Hollersbach, Grubing Nr. 4:

„Aber wenn Sie nicht an den Regierungsbeschluß gebunden wären, würden Sie zum Kompromiß Nationalpark und Kraftwerk ja sagen?“ Landesrat Oberkirchner: „Ich habe eingangs erwähnt, daß ich nach wie vor dafür eintrete, ein Miteinander zu finden. Das ist ohne Zweifel eine Frage, zu der ich nach wie vor stehe, und ich bin ja im Regen stehen gelassen worden.“

Die Meinung des Landesparteiobmannes der SPÖ, Landeshauptmann-Stv. Dr. Herbert Moritz

Bei der Vorsprache des Aktionskomitees am 3. 7. 1981 gab Moritz kein klares Bekenntnis zum Regierungsbeschluß von 1970 ab. Seine Antwort war eher ausweichend; er könne der SPÖ seinen persönlichen Willen nicht aufzwingen, man müsse auch der gesamten Energiesituation in Österreich Rechnung tragen. Die Antwort war für das Aktionskomitee gleichfalls enttäuschend.

Nach widersprüchlichen Äußerungen von LHStv. Dr. Moritz laut Pressemeldungen ersuchten wir ihn noch einmal um ein Interview. Er bat, ihm die Fragen schriftlich zu geben und übermittelte uns dazu am 7. 1. 1982 folgende Stellungnahme, die wir auszugsweise wiedergeben:

Frage:

„Bekennen Sie sich weiterhin zum Regierungsbeschluß des Jahres 1970; wonach in den fünf westlichen Salzburger Tauerntälern (Krimmler Tal, Obersulzbachtal, Untersulzbachtal, Habachtal und Hollersbachtal) jedwede Energienutzung, die mit Überleitungen und Staumauern verbunden ist, unterbleiben soll? Teilen Sie mit uns die Definition des Begriffes „Tal“, der eine Flußlandschaft von der Quelle bis zur Einmündung in die nächstgrößere Flußeinheit beschreibt?“

LHStv. Dr. Moritz:

„Der Regierungsbeschluß des Jahres 1970, der von mir als dem damaligen Naturschutzreferenten der Landesregierung beantragt worden war, diente dem Zweck, das künftige Gebiet des Nationalparks Hohe Tauern vor schwerwiegenden Eingriffen der Energiewirtschaft, wie sie damals vor allem im Gebiet des Kratzenbergsees und des Krimmler Tales geplant waren, zu schützen. Da das Gebiet des Nationalparks noch nicht definiert war, entschlossen wir uns, die Gesamtheit der von Ihnen genannten fünf Täler in den Schutz einzubeziehen, wie dies auch einige Jahre später bei der Beschlußfassung über den Entwicklungsplan Pinzgau der Fall war.

Der Beschluß von 1970 hat so lange Gültigkeit, bis die genauen Grenzen des Nationalparks feststehen. Dies geht aus dem Beschluß der Landesregierung vom 14. September 1981 hervor, in dem eine konkrete Prüfung der mittlerweile bekannt gewordenen Pläne der Energiewirtschaft im Oberpinzgau erst mit der Fixierung der Außenzonen zu den Kernzonen als möglich erachtet wird.

Ich habe eine Revision des von Ihnen erwähnten Regierungsbeschlusses in dem Sinne vorgeschlagen, daß bis zur endgültigen Festlegung der Nationalparkgrenzen nicht nur Großkraftwerke, sondern auch weitere Kleinkraftwerke in den fünf Tauerntälern verhindert werden sollen. Ich halte die Forderung nach einer Revision des

Regierungsbeschlusses von 1977 weiter aufrecht (Die Errichtung von Kleinkraftwerken sollen unter bestimmten Voraussetzungen nicht unter den Beschluß von 1970 fallen – Anmerkung d. Red.). Die 1977 von der Landesregierung erwiesene Großzügigkeit, die von den sozialistischen Regierungsmitgliedern nur auf Grund von Hinweisen zur Kenntnis genommen worden war, die damals vorliegenden Kleinkraftwerksprojekte seien naturschutzrechtlich nicht zu fassen, hat u. a. zur Folge gehabt, daß ein Kleinkraftwerk im Untersulzbachtal im Widerspruch zu den behördlichen Auflagen nicht als Kavernenkraftwerk ausgeführt worden ist und heute trotz nachträglicher teilweiser Aufschüttungen eine erhebliche Beeinträchtigung der Landschaft bildet. Von naturschutzbehördlichen Sanktionen gegen diesen Schwarzbau ist mir nichts bekannt geworden. Gegen die von Ihnen vorgeschlagene geographische Definition des Begriffes „Tal“ habe ich nichts einzuwenden.“

Kommentar des Österreichischen Naturschutzbundes zur Haltung der SPÖ

Das Ziel der SPÖ Salzburg ist offenbar: Kein Kraftwerksprojekt in der Kern- und Außenzone, jedoch ein Hinaufschieben der Außenzongrenze so weit als möglich, damit das Kraftwerk der TKW errichtet werden kann. Dies widerspricht jedoch allen diesbezüglichen Beschlüssen der Landesregierung. Der Beschluß von 1970 ist eindeutig und ohne jegliche Befristung. Der Naturschutzbund hofft daher auf ein Einlenken der SPÖ.

Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Kurt Steyrer

Minister Steyrer hat sich anlässlich einer Begehung des zukünftigen Nationalparkgebietes klar und deutlich für die Erhaltung der fließenden Bäche ausgesprochen und jede Wasserableitung als dem Erlebniswert der Landschaft abträglich bezeichnet.

Dafür gebührt dem Minister die Anerkennung des ÖNB, der sich wünscht, daß das politische Gewicht des obersten österreichischen Umweltschützers ausreicht, um die Unversehrtheit der fünf westlichen Salzburger Tauerntäler dauerhaft zu sichern.

Damit hebt sich seine klare Stellungnahme für den abgerundeten Nationalpark Hohe Tauern wohltuend von der Linie seiner Salzburger Parteifreunde ab.

Was sagen die Bürgermeister der Oberpinzgauer Gemeinden?

Sie sind sicher klug genug, um die Argumente für und gegen das TKW-Kraftwerk ohne Emotionen vertreten zu können, um zu erkennen, was für die Zukunft der Gemeinde am besten ist.

Der dynamische Bürgermeister von Neukirchen hat sich als erster gegen das TKW-Kraftwerk gewandt. Die auf Fremdenverkehr ausgerichtete Bevölkerung der Gemeinde Neukirchen mit 331.398 Nächtigungen weiß, wie sehr ein erholsuchender Großstädter das Rauschen eines fließenden Gebirgsbaches als Naturschauspiel bewundert.

Dazu zwei Zitate:

Salzburger Nachrichten vom 10. 9. 1981:

„Als erste Nationalparkgemeinde hat sich die Gemeinde Neukirchen gegen die Ableitung der Tauernbäche zur Energiegewinnung ausgesprochen. Durch die geplante Ableitung des Untersulzbaches zur Stromgewinnung im künftigen Kraftwerk Oberpinzgau sieht die Gemeinde den Bestand seines Naturdenkmales „Untersulzbachfall“ gefährdet. Bei allem Verständnis für die Ausbaupläne der Elektrizitätswirtschaft, meint der Neukirchner Bürgermeister Nindl, könne die Gemeinde einem solchen Vorhaben nicht zustimmen . . . Im übrigen verweist Nindl auf einen aus dem Jahre 1970 stammenden einstimmigen Beschluß der Salzburger Landesregierung, keine Nutzung der Tauerntäler zur Energiegewinnung zuzulassen.“

ORF-Landesrundschau vom 21. 11. 1981:

„Als Bürgermeister der Fremdenverkehrsgemeinde am Großvenediger verspreche ich mir langfristig vom Fremdenverkehr mehr und ich glaube, das ist gerade in der heutigen Diskussion (im Rahmen der Bildungswoche, Anmerkung der Red.), an der ca. 300 Leute teilgenommen haben, sehr deutlich zum Ausdruck gekommen.“

Polemik und Drohungen von TKW-Mitarbeitern gegen Naturschützer

Dir. Dr. Gmeinhard der TKW schweigt dazu.

Bei der von der SPÖ-Ortsorganisation Hollersbach am 20. November 1981 veranstalteten Diskussion „Der Oberpinzgau – Nationalpark und Elektrizitätswirtschaft“ wurden als Stimmungsmacher auch Angestellte der TKW aus Kaprun eingesetzt, die sich mit gut ein Drittel aller Wort-

meldungen kräftig ins Zeug legten. Die wohl ehrlich überzeugten Hollersbacher hätten diese Hilfe jedoch nicht bedurft. Zum Instrumentarium der Durchsetzung der Kraftwerkspläne gehörten die rechtlich doch sehr umstrittene Bekanntgabe der Stromrechnung des Museums Haus der Natur, das der Präsident des Österreichischen Naturschutzbundes Prof. Dr. E. Stüber beruflich leitet (Datenschutz!), sowie die Aufforderung zu einem kriminellen Akt, die ein TKW-Angestellter vorbrachte, indem er rief: „Geht hin, Ihr Hollersbacher und zerstört das Kabel, durch das das Haus der Natur mit Strom versorgt wird – unter dem Motto ‚Wer Euch nicht die sechs Millionen Schilling pro Jahr vergönnt, verdient kein Licht‘.“ Der Vertreter des Österreichischen Naturschutzbundes, Dr. Winfrid Herbst fragte daraufhin Herrn Direktor Gmeinhardt der TKW, was er dazu sage. Dieser hüllte sich jedoch in Schweigen.

*Die Welt ist kein Geschenk
unserer Väter,
sondern eine Leihgabe
unserer Nachkommen.
(Kretschmer)*

Gedanken einer jungen Generation zu Nationalpark — Energie — Wohlstand

Besucherrekorde zum Beispiel im naturkundlichen Museum der Stadt Salzburg (Haus der Natur), wachsende Besucherzahlen in Tiergärten, die hohe Beteiligung von Schülern und Jugendlichen beim Zeichen- und Aufsatzwettbewerb der Salzburger Nachrichten zum Thema „Ja zum Nationalpark“ und schließlich der überfüllte Saal der Großen Aula der Salzburger Universität am Weltumweltschutztag 1981 anlässlich der Welturaufführung des Filmes „Hohe Tauern – ein Nationalpark für Europa“ – etwa 70 % der Besucher zählte zu den Jugendlichen und Schülern. Sollte das nicht uns Erwachsenen zu denken geben?

Gerade das internationale Symposium im August 1981 (25 Jahre IYF) zeigte mir, daß nicht nur bei uns die Jugendlichen, vor allem die reiferen Jugendlichen, bereit sind, auf das luxuriöse Leben zu verzichten und daß sie einer Rückkehr zum einfacheren Leben gar nicht so abgeneigt sind. Ein junger, frischgebackener Architekt aus der Türkei, ein junger Arzt aus Ägypten, Lehrer und Erzieher, Studenten und Schüler aus nahezu allen europäischen Staaten, aus Indien, Sri Lanka, Mexiko, Thailand, . . . kurz junge Menschen aus der ganzen Welt, sie alle kamen mit öffentlichen Verkehrsmitteln, sie alle schliefen in einer Schule im Schlafsack auf dem

Boden – freiwillig – 14 Tage lang, manche vier Wochen, mit der größten Selbstverständlichkeit! Könnte uns das alles nicht als Beweis dienen, daß es für viele Menschen gar keine Strafe bedeutet, auf so manches Stückchen Technik bzw. Fortschritt zu verzichten, daß es schon viele Menschen gibt, die ein einfacheres und gesünderes Leben der Verschwendungssucht und dem Konsumterror vorziehen? Also Verzicht, um unsere Erde nicht vollends auszubeuten, vollkommen zu zerstören; Einhalt zu gebieten jenem verteufelten Fortschritt, der letzten Endes doch nur Zerstörung, also Rückschritt bedeuten kann. Je größer die Technisierung und je ausgeklügelter das System, desto weniger Arbeitsplätze, oder?

Warum wollen doch so viele Österreicher einen Nationalpark? Vielleicht kommen tagtäglich immer mehr Menschen darauf, worum es letzten Endes geht! Vielleicht ist der Bürger dieses Landes doch noch nicht so verdorben, so skrupellos und verspürt in sich die große Verantwortung seinen Kindern und Kindeskindern gegenüber. Uns selbst könnte es ja gleichgültig sein, ob ein Zwentendorf in Betrieb geht, ob der letzte Voralpenfluß durch Kraftwerke abgeriegelt wird und damit auch die letzten 35 km² Auwald zerstört werden, oder ob die letzten fünf Gletscherbäche zur Energiegewinnung in unserem Lande verbaut werden. Wir werden längst nicht mehr am Leben sein, wenn die Folgen dieses Jahrtausendwerks, das just am Ende dieses Jahr = tausends gesetzt wird, bemerkbar werden! – Oder werden wir's am Ende doch noch erleben? Was aber wird mit der nachfolgenden Generation geschehen? Können wir diese Verantwortung tragen? Beseitigen wir heute Gletscherbäche, Flußauen, Feuchtgebiete und andere natürliche Lebensräume, verbrauchen wir heute weitgehend alle Rohstoffe, so werden nachfolgende Generationen nicht einmal mehr die Chance haben, es besser oder gleich schlecht zu machen wie wir, „Natur erwandern, beobachten, erleben und erforschen“ waren seit fast drei Jahrzehnten vorrangige Motive für die Arbeit der Naturschutzjugend. Dadurch erhält der junge Mensch die Möglichkeit, ethische Werte zu erkennen und zu erfahren. Und dies ist durch nichts anderes besser möglich als durch die Liebe zur Natur und damit auch zur Umwelt – alle Pflanzen, Tiere und Menschen eingeschlossen. Ich meine, daß die Natur zu schnell und genug ausgebeutet worden ist. Darum setzen wir uns mit ganzer Kraft ein, daß nicht:

- alle Bäche und Flüsse für die Wasserkraft ausgenützt

- die letzten Tümpel, Teiche, Feuchtgebiete und andere natürlichen Lebensräume zuge- schüttet und vernichtet
- die Luft als unsere wichtigste Lebensgrund- lage durch noch mehr Motorisierung, Techni- sierung und durch den Einsatz von Bioziden noch mehr verpestet und vergiftet
- mit der Befürwortung eines Kernkraftwerkes die Voraussetzungen für weitere Gefahren- momente, für radioaktive Strahlung und Ver- seuchung geschaffen

werden. In meinen Augen sind alle Maßnahmen, die gegen unsere Vorstellungen wirken, als le- bensfeindlich anzusehen, weil sie nicht nur die Gesellschaftsordnung stören, Arbeitsplätze ge- fährden, sondern unser eigenes Leben selbst bedrohen. In diesem Falle gibt es nur eine ein- zige Alternative: die Notbremse ziehen!

Interessanterweise entstand der erste National- park auf der Erde in den Vereinigten Staaten – der Yellowstone National Park – im Jahr 1872. Einhundert Jahre später zählte man in den USA bereits 35 Nationalparks mit insgesamt 6,5 Mil- lionen Hektar und einer Besucherzahl von 45,8 Millionen Menschen. Eine Zahl, die vielleicht so manchen Fremdenverkehrsexperten aufhorchen läßt. Nachdem wir gewohnt sind, den Amerika- nern alles nachzumachen, bleibt nur zu wün- schen übrig, daß wir diese Tradition beibehal- ten; denn dann werden wir sicherlich nicht mehr lange auf einen Nationalpark warten müssen.

Bernhard Müller

Landesleiter der
Österr. Naturschutzjugend Salzburg

RESOLUTION AN DIE SALZBURGER LANDESREGIERUNG

Die **Internationale Alpenschutzkommission** apel- liert an die Salzburger Landesregierung, den im Jahre 1970 mit ökologischem Weitblick gefaßten Beschluß, die letzten noch naturbelassenen Gletscherbäche im Salzburger Anteil der Hohen Tauern zwischen dem Felber- und dem Gerlos- tal bis zur Mündung der Täler in das Salzachtal nicht energiewirtschaftlich zu nutzen, unbedingt aufrecht zu erhalten. Bei einer Ableitung dieser Bäche in ein Großkraftwerk würde die Venedi- ger-Gruppe ihre Nationalparkwürdigkeit nach internationalen Normen verlieren.

RESOLUTION AN DIE TIROLER LANDESREGIERUNG

Die **Internationale Alpenschutzkommission** apel- liert an die Tiroler Landesregierung, das Projekt der Errichtung eines Zentrums für den Sommer- skilauf im Tiroler Anteil der Venediger-Gruppe nicht zu genehmigen. Durch dieses große Er- schließungsprojekt würde die Venediger-Gruppe ihre Nationalparkwürdigkeit nach internationa- len Normen verlieren.

NATURSCHUTZBESTREBUNGEN IM SCHUSS- FELD DER POLITIK

Der Österreichische Naturschutzbund besteht seit 75 Jahren. Er ist daher als große Natur- schutzvereinigung neben seiner Zielsetzung auch dem historischen Ansehen verpflichtet. Das ist ein wesentlicher Unterschied zu „Bürgerinitia- tiven“, die meist kurzlebig und sektorenhaft sind. Sein Denken ist geradlinig und streng überpar- teilich – wie die Gesetze der Natur. Die Spre- cher wechseln ab und geben jeweils die Mei- nung der Vereinigung wieder.

Es ist gelegentlich notwendig, auch **Politikern gegenüber das Mißfallen auszudrücken**, wenn sie kurzfristige ökologische Politik betreiben. Wir Naturschützer wissen, daß dies Repressa- lien von der jeweiligen Partei, die angegriffen wird, zur Folge haben kann. Sie dauern jedoch meistens nicht sehr lange, da hinter uns Men- schen stehen, die für jede Partei politisch inter- essant sind. Man betrachtet heute die einzelnen **Parteien vor der Wahl** viel kritischer in ihrer Ein- stellung zur Umwelt und verurteilt, wenn Partei- en große landschaftliche Werte allzu leichtfertig preisgeben. **Äußerungen von Naturschutzverbän- den** sind dabei sicher mitbestimmend. Gelegent- lich wird versucht, die Vereinsauffassung da- durch abzuwerten, daß sie als persönliche Ein- zelmeinung abgetan oder die Person des Spre- chers angegriffen wird.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Österreichischer Naturschutzbund Kurier](#)

Jahr/Year: 1982

Band/Volume: [1982_1](#)

Autor(en)/Author(s): diverse

Artikel/Article: [Österreichischer Naturschutzbund Kurier 1-20](#)